

«Wir nennen das Rosinenpickerei»

EU-Kommissar Nicolas Schmit stellt klar: Die EU wird in neuen Verhandlungen mit der Schweiz zu den institutionellen Fragen nicht «flexibler» sein. Er hofft aber, dass es trotzdem eine Lösung gibt.

Stephan Israel, Brüssel

Herr Kommissar, Sie sind Sozialdemokrat. Viele Ihrer Genossen in der Schweiz sind der Auffassung, dass die EU ein neoliberales Projekt ist. Was antworten Sie Ihren Parteifreunden?

Ich bin sicher kein Neoliberaler. Und ich glaube auch, dass es falsch ist, die EU als neoliberales Projekt zu qualifizieren. Das hätte vielleicht in den Jahren bis zur Finanzkrise von 2009 gestimmt. Übrigens ging das von den Mitgliedsstaaten aus, die diese Deregulierungen wollten. Aber spätestens unter dem damaligen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker hat sich auch Brüssel von dieser neoliberalen Denkweise verabschiedet und das soziale Europa zum Thema gemacht.

Scheitert das Versprechen vom sozialen Europa nicht daran, dass Brüssel hier kaum Kompetenzen hat und die Mitgliedsstaaten für Sozialpolitik zuständig sind?

Die Kompetenzen sind beschränkt, aber nicht klein. Wir haben viel erreicht in letzter Zeit. Etwa mit den Mindeststandards für Beschäftigte von digitalen Plattformen wie Uber Eats oder Deliveroo. Oder mit dem Gesetzesvorschlag für einen europäischen Mindestlohn. Wir können zwar keinen Mindestlohn europaweit festlegen. Das wäre auch nicht sinnvoll. Wir können aber dazu beitragen, dass sich die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in den Mitgliedsstaaten annähern.

Da passt es aber nicht, dass die EU auch jetzt beim neuen Anlauf ausgerechnet den Lohnschutz in der Schweiz aushebeln will.

Das stimmt ja auch nicht. Wir wollen sicher nicht die Lohnpolitik in der Schweiz aushebeln. Aber es muss faire Wettbewerbsbedingungen für Betriebe geben, die in einem anderen Land Dienstleistungen erbringen wollen. Wie kann ein Handwerker spontan für eine Reparatur kommen, wenn er sich wie in der Schweiz acht Tage vorher anmelden muss?

Unsere Sozialpartner sind aber überzeugt, dass die flankierenden Massnahmen in der Schweiz nötig und vor allem viel besser sind.

Ich war noch Arbeitsminister in Luxemburg, als wir in der EU die revidierte Entsenderichtlinie angenommen haben. Das war 2018 ein absoluter Durchbruch für das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Was die Schweiz macht, geht zum Teil weit darüber hinaus. Da werden Firmen aus der EU gegenüber Schweizer Firmen diskriminiert. Wir müssen auch unsere Mitgliedsstaaten immer wieder mahnen, hier Verhältnismässigkeit walten zu lassen und nicht auf Protektionismus zu machen.

Die Schweiz ist allerdings nicht EU-Mitglied.

Die Schweiz ist aber Teil des Binnenmarkts. Deshalb muss die Schweiz sich an die Gesetze halten, die für das Funktionieren des Binnenmarkts wichtig sind.



Nicolas Schmit: EU-Kommissar und Luxemburger Sozialdemokrat. Foto: Karin Wesslen (AFP)

Selbst der Europäische Gewerkschaftsbund unterstützt die Schweiz dabei, die flankierenden Massnahmen zu verteidigen.

Die europäischen Gewerkschaften haben sich in der EU sehr für die Reform der Entsenderichtlinie eingesetzt. Und das Ergebnis ist ja wirklich ein Gesetz, welches die Arbeitnehmer vor Dumping schützt. Wenn wir darüber hinausgehen, stellen wir die Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt infrage, und das wollen wir nicht. Ob es nun um Mitgliedsstaaten geht oder um Länder wie die Schweiz, die am Binnenmarkt beteiligt sind.

Ein rotes Tuch ist da auch der Europäische Gerichtshof. Wenn es um die Abwägung zwischen Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerschutz geht, entscheiden die Richter doch immer zugunsten der Firmen.

Diese Kritik bezieht sich auf Urteile, die zum Teil viele Jahre

«Niemand kann einfach irgendwo hinziehen und dort Sozialhilfe beziehen.»

Nicolas Schmit in Zürich

Der EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte spricht heute um 18.30 Uhr in der Aula der Uni Zürich zum Thema «Ist die EU ein soziales oder unsoziales Projekt?». Der 68-jährige Luxemburger ist Sozialdemokrat und war zuvor Minister sowie EU-Botschafter seines Landes. (red)

zurückliegen. Die Rechtsprechung hat sich aber entwickelt. Etwa bei den Regeln zu den Arbeitszeiten hat das Gericht sehr soziale Urteile zugunsten der Beschäftigten gefällt. Die Kritik am EuGH ist da demagogisch.

Ein Streitpunkt dürfte erneut die Unionsbürgerrichtlinie sein. Ist die Befürchtung in der Schweiz vor Sozialtourismus nicht gerechtfertigt?

Die Schweiz hat bei dieser Propaganda kein Monopol. Die Regeln sind auch innerhalb der EU klar. Niemand kann einfach irgendwo hinziehen und dort Sozialhilfe beziehen. Das Aufenthaltsrecht hängt davon ab, ob jemand für seinen Lebensunterhalt aufkommen kann. Die Bedingungen sind strikt und zuletzt auch vom EuGH bestätigt worden.

Staatssekretärin Livia Leu hat Sondierungen für einen neuen Anlauf nach dem Abbruch beim Rahmenabkommen

aufgenommen. Wie sehen Sie die Chancen?

Mein Kollege Maros Sefcovic ist für das Dossier zuständig. Aber ich verfolge die Diskussion natürlich. Ich hoffe, dass wir eine Lösung finden werden.

Die Schweiz will die institutionellen Fragen sektoriell in jedem einzelnen bilateralen Abkommen lösen. Ist das ein gangbarer Weg?

Dieser Weg wirft eine Reihe von Fragen auf. Wir haben grundsätzliche Probleme, die alle Abkommen betreffen. Wir brauchen da eine übergreifende Lösung. Es darf kein Rosinenpicken geben.

Die Schweiz möchte bei der Personenfreizügigkeit oder beim Lohnschutz Ausnahmen. Wie stehen Sie dazu?

Verhandlungen sind immer ein Geben und Nehmen. A priori profitiert die Schweiz ganz gut von ihrem Zugang zum Binnenmarkt. Es braucht da gleiche Spielregeln für alle. Weshalb sollte die Schweiz alle Vorteile haben, aber nicht eine bestimmte Anzahl von Pflichten? Wir werden sehen, wo Spielraum besteht, und am Ende ein Gleichgewicht finden müssen.

Was heisst das konkret?

Man kann nicht alle Vorteile des freien Warenverkehrs haben, die Personenfreizügigkeit aber nur in gewissen Grenzen akzeptieren wollen. Unsere britischen Freunde haben den Binnenmarkt verlassen, wollten aber alle Vorteile behalten. Wir nennen das Rosinenpickerei. Das ist manchmal auch die Logik in der Schweiz.

Wird die EU im zweiten Anlauf flexibler und weniger dogmatisch sein?

Wer in Verhandlungen nicht alles bekommt, wirft der anderen Seite gern vor, dogmatisch zu sein. Aber weshalb sollten wir gegenüber der Schweiz, die Zugang zum Binnenmarkt hat, flexibler sein als gegenüber unseren eigenen Mitgliedern?

Die Schweiz hat alle Sanktionen der EU gegen Russland übernommen und sich solidarisch gezeigt. Wird sich das jetzt positiv auf die Verhandlungen zwischen Bern und Brüssel auswirken?

Ich sehe die Schweiz als Land, das dem Frieden, den gemeinsamen Werten und dem internationalen Recht verpflichtet ist. Ich halte es deshalb für selbstverständlich, dass die Schweiz die Sanktionen gegen Russland übernommen hat, einen Aggressor, der jeden Tag Kriegsverbrechen begeht.

Für die Schweiz war das aber ein grosser Schritt, ein Bruch mit der Tradition der Neutralität.

Neutralität heisst für mich nicht, die Augen zu schliessen, wenn ein Land ein anderes überfällt. Man kann bei einem Bruch des internationalen Rechts nicht neutral sein. Natürlich beglückwünschen wir die Schweiz, die Sanktionen übernommen zu haben. Aber umgekehrt hätte es überrascht, wenn die Schweiz sich anders entschieden hätte.

Börse

SMI
12372 Punkte

+0.4%



Die Besten

Alcon N	+2.0%
Givaudan N	+1.8%
Swisscom N	+1.4%

Die Schlechtesten

UBS Group N	-1.3%
Swiss Re N	-1.1%
Holcim N	-1.0%

Dow Jones Ind.
34'584 Punkte

Nasdaq Comp.
13'897 Punkte

+0.3% +0.1%

Euro in Franken	1.017	-0.10%
Dollar in Franken	0.933	-0.03%
Euro in Dollar	1.090	-0.08%
GB-Pfund in Franken	1.218	-0.14%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	101.00	-4.6%
Gold (Unze) in Dollar	1937.10	0.7%
Silber (Unze) in Dollar	24.46	0.5%

Arbeitslosenquote sinkt leicht

März-Statistik Die Lage auf dem Schweizer Arbeitsmarkt hat sich im März weiter verbessert. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich zum Vormonat Februar gesunken, die Arbeitslosenquote liegt neu bei 2,4 Prozent nach 2,5 Prozent, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft gestern mitteilte. Insgesamt waren Ende des Berichtsmonats 109'500 Personen bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren als arbeitslos gemeldet. Das waren 8470 weniger als im Monat davor. Im Vergleich zum Vorjahresmonat, der noch stark von der Corona-Krise bestimmt war, ging die Arbeitslosenzahl um fast 50'000 Personen zurück. (sda)

Bestellung aus Österreich

Stadler Rail Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) haben beim Zugbauer Stadler 41 Doppelstock-Triebzüge vom Typ Kiss bestellt. Das Auftragsvolumen beläuft sich auf rund 600 Millionen Euro, wie Stadler gestern mitteilte. Die Züge seien für den Einsatz im Osten des Landes ab 2026 vorgesehen. Damit erhält Stadler einen ersten Abruf des Rahmenvertrags. Im Februar hatte sich der Zugbauer von den ÖBB nach einigen Hürden und Gerichtswirren einen Grossauftrag über 186 Züge gesichert. Der Auftrag bringt Stadler bis zu drei Milliarden Euro ein. (sda)

EU-Staaten billigen Kohle-Embargo

Sanktionen Die 27 EU-Staaten haben das fünfte grosse Paket mit Russlandsanktionen auf den Weg gebracht. Die ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten billigten gestern Abend Vorschläge der EU-Kommission, die einen Importstopp für Kohle, Holz und Wodka sowie zahlreiche weitere Strafmassnahmen vorsehen. Das teilte die französische EU-Rats-Präsidenschaft auf Twitter mit. Damit die Sanktionen in Kraft treten können, müssen die notwendigen Rechtsakte nun im schriftlichen Verfahren angenommen und im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden. Diese Schritte gelten als Formalie und sollen heute abgeschlossen werden. (sda)